

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>1 Nationalstaatliche Koordination als ein zentrales Problem europapolitischer Willensbildung</b>	<b>9</b>
1.1 Forschungsstand	10
1.1.1 Einordnung in die Europaforschung	10
1.1.1.1 Europäisierungsforschung	13
1.1.1.2 Vergleichende Regierungslehre und Verwaltungsforschung	14
1.1.2 Literatur zur „Koordination der Europapolitik“	17
1.1.3 Verwaltungs- und politikwissenschaftliche Definitionen von Koordination	27
1.1.4 Begriffsklärungen: europapolitische Willensbildung und Nationalstaat	39
1.2 Fragestellung	42
1.3 Methodische Überlegungen	43
1.3.1 Entwicklung des analytischen Rasters	44
1.3.2 Aufbau der Fallstudien	50
1.3.3 Auswahl der zu untersuchenden EU-Mitgliedstaaten und der Politikbereiche sowie Festlegung des Untersuchungszeitraumes	55
1.4 Hypothesen	58
<b>2 Institutionen, Akteure und Prozesse der Koordination</b>	<b>61</b>
2.1 Nationalstaatliche und europäische Rahmenbedingungen	61
2.1.1 Politikformulierung in Regierung und Verwaltung	61
2.1.1.1 Kabinette	62
2.1.1.2 Ministerialverwaltung	64
2.1.2 Der europäische Rahmen nationalstaatlicher Koordination	67
2.1.2.1 Das europäische Gesetzgebungsverfahren	68
2.1.2.2 Die Binnenorganisation des Ministerrates	71
2.1.2.3 Die Rolle der Ständigen Vertretungen	73
2.1.3 Fazit: Die Bedeutung von und spezifische Anforderungen an Koordination	74

2.2	Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	75
2.2.1	Koordination im Rahmen der Bundesregierung . . . . .	76
2.2.1.1	Koordinationsauftrag in Verfassung und Geschäftsordnung . . . . .	76
2.2.1.2	Ressorts und Kabinett im Koordinationsverfahren . . . . .	82
2.2.1.3	Vorbereitung von Koordinationsentscheidungen im Kabinett . . . . .	84
2.2.1.4	Fehlende Ressourcen zur Informationsaufarbeitung . . . . .	88
2.2.2	Abweichungen bei europapolitischen Verfahren . . . . .	89
2.2.2.1	Artikel 23 GG, das EUZBBG und die GGO . . . . .	90
2.2.2.2	Rollen und Organisation der Ministerien . . . . .	93
2.2.2.3	Die interministeriellen Ausschüsse und das Kabinett . . . . .	97
2.2.2.4	Informationsfluss und Entscheidungsvorbereitung . . . . .	99
2.2.2.5	Die Rolle der Länder . . . . .	101
2.2.2.6	Die Ständige Vertretung in Brüssel . . . . .	102
2.2.3	Fazit: Die Dominanz negativer Koordination . . . . .	104
2.3	<i>Le gouvernement de la République française</i> . . . . .	108
2.3.1	Koordination im französischen Regierungssystem . . . . .	108
2.3.1.1	Präsident, Premierminister und Regierung . . . . .	108
2.3.1.2	Administrative Grundlagen und ausführende Gesetze . . . . .	110
2.3.1.3	Interministerielle Gremien und die <i>arbitrage</i> des Premiers . . . . .	113
2.3.2	Institutionen, Akteure und Prozesse der französischen Europapolitik . . . . .	119
2.3.2.1	Präsident, Premierminister und Parlament . . . . .	120
2.3.2.2	Der <i>ministre délégué aux affaires européennes</i> . . . . .	123
2.3.2.3	Der Interministerialausschuss für Europapolitik . . . . .	124
2.3.2.4	<i>Secrétariat Général du Comité Interministériel pour les Questions de Coopération Economique Européenne</i> (SGCI) . . . . .	125
2.3.2.5	Rolle der Ressorts . . . . .	136
2.3.2.6	Die Ständige Vertretung . . . . .	137
2.3.3	Fazit: Die zentrale Rolle des SGCI . . . . .	139

2.4	<i>Her Majesty's Government: The United Kingdom</i> . . . . .	145
2.4.1	Koordination in der <i>core executive</i> . . . . .	145
2.4.1.1	Der Premierminister als <i>office</i> . . . . .	146
2.4.1.2	Das Kabinett, sein Sekretariat und seine Ausschüsse . . . . .	148
2.4.1.3	Koordination durch das Kabinetttamt . . . . .	153
2.4.1.4	<i>Government departments</i> im Koordinationsverfahren . . . . .	157
2.4.2	Besonderheiten im Bereich der Europapolitik . . . . .	160
2.4.2.1	Europäische Politik im Kabinett . . . . .	160
2.4.2.2	Das <i>European Secretariat</i> . . . . .	161
2.4.2.3	Das Außenministerium . . . . .	165
2.4.2.4	„UKREP“: die Ständige Vertretung des Vereinigten Königreichs . . . . .	166
2.4.2.5	Die Binnenstruktur weiterer <i>departments</i> . . . . .	168
2.4.2.6	Das europapolitische Verfahren . . . . .	173
2.4.3	Fazit: Die Koordination durch das <i>cabinet</i> . . . . .	177
2.5	Zusammenfassung . . . . .	180
2.5.1	Die allgemeinen Koordinationsverfahren . . . . .	180
2.5.2	Die europapolitischen Koordinationsverfahren . . . . .	187
<b>3</b>	<b>Fallstudien</b> . . . . .	<b>193</b>
3.1	Die umweltpolitischen Maßnahmen der Gemeinschaft . . . . .	193
3.1.1	Europäische Rahmenbedingungen . . . . .	194
3.1.1.1	Entwicklung des Politikfeldes . . . . .	194
3.1.1.2	Die Rollen von Institutionen und Akteuren in der Umweltpolitik . . . . .	196
3.1.1.3	Umweltpolitische Koordinations- und Entscheidungsprozesse . . . . .	205
3.1.2	Merkmale nationaler Umweltpolitiken: Institutionen, Verfahren, Inhalte . . . . .	216
3.1.2.1	Deutschland . . . . .	217
3.1.2.2	Frankreich . . . . .	226
3.1.2.3	Vereinigtes Königreich . . . . .	233
3.1.2.4	Fazit: Ausbau nationalstaatlicher Umweltpolitiken durch gemeinschaftliches Handeln . . . . .	240
3.1.3	Fallstudien . . . . .	244
3.1.3.1	Richtlinie „über Verpackungen und Verpackungsabfall“ . . . . .	244

	3.1.3.2	Biozid-Richtlinie . . . . .	252
	3.1.4	Zusammenfassung . . . . .	256
3.2		Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts . . . . .	259
	3.2.1	Rahmenbedingungen europäischer Innenpolitik . . . . .	260
	3.2.1.1	Ein Politikfeld im Werden . . . . .	261
	3.2.1.2	Entscheidende Akteure . . . . .	266
	3.2.1.3	Untypische Verfahren . . . . .	273
	3.2.2	Mitgliedstaatliche Institutionen und Verhaltensmuster . . . . .	274
	3.2.2.1	Deutschland . . . . .	275
	3.2.2.2	Frankreich . . . . .	279
	3.2.2.3	Vereinigtes Königreich . . . . .	283
	3.2.2.4	Fazit: Nationalstaaten als dominante Akteure . . . . .	287
	3.2.3	Fallstudien . . . . .	291
	3.2.3.1	Europäischer Haftbefehl: extern beschleunigt . . . . .	291
	3.2.3.2	Asyl-Qualifikationsrichtlinie: Blockadetenden- zen . . . . .	306
	3.2.4	Zwischen der Bewahrung nationalstaatlicher Souverä- nität und gemeinschaftlichem Handeln . . . . .	327
3.3		Zusammenfassung . . . . .	328
<b>4</b>		<b>Ergebnisse und Ausblick</b> . . . . .	<b>333</b>
	4.1	Begrenzter Spielraum für Verfahrensoptimierungen . . . . .	333
	4.1.1	Grundsätzlich leistungsfähige Koordinationsverfahren . . . . .	333
	4.1.2	Eingeschränkte Übertragbarkeit der „Stärken“ von Re- gierung zu Regierung . . . . .	335
	4.1.3	Begrenztes Innovationspotenzial . . . . .	340
	4.2	Politisch-praktische und theoretische Konsequenzen . . . . .	342
	4.2.1	Aktivierung der Interessenartikulation . . . . .	343
	4.2.2	Forschungsdiesiderata . . . . .	346